

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Preis: 10 Pf. pro Quartal. Postbestellung durch den Briefträger und Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Erich-Danker). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf., Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 45.

Berlin, Sonnabend, 20. Oktober 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

### Inhalts-Verzeichnis.

60 Arbeitsstunden in der Woche. — Brief der Bergarbeiter an die Arbeitgeber. — „Grische“ als Demagogen. — Das löse Gewerbe. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

### 60 Arbeitsstunden in der Woche.

Auf der Genfer Konferenz der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz befand sich unter den Delegierten der französischen Gesellschaft für soziale Reform auch ein großindustrieller Arbeitgeber der Textilbranche, Herr J. Strohl aus Paris. Nach der Diskussion über die Einführung eines geistlichen Normalarbeitertages, an der sich auch unser Redakteur beteiligte, machten wir die Bekanntheit dieses arbeiterfreundlichen Industriellen, der uns dann in Aussicht stellte, über seine guten Erfahrungen mit der Verkürzung der Arbeitszeit, für die Herr Strohl schon 1902 auf der Kölner Konferenz eingetretten war, Näheres mitteilen zu wollen. In Verfolg dieses Versprechens erhielten wir neben einer umfangreichen interessanten Beweischrift folgenden Brief:

Paris, 10. Oktober 1906.

Gewähr Herr Goldschmidt!

Ich habe Ihnen vor einigen Tagen in Genf versprochen, Ihnen die Ergebnisse meiner Erfahrungen betreffs Reduzierung der Arbeitsdauer und Einfluss derselben auf die Leistungsfähigkeit (Produktion) mitzuteilen.

Wie Sie wissen, haben wir in Frankreich die Arbeitszeit von 12 Stunden auf 11, dann während 2 Jahre auf 10 1/2, und seit dem 1. April 1904 auf 10 für alle Arbeiter der Textilbranche, Männer, Frauen und Kinder, reduziert.

In der Textilbranche, wo die Maschine die Hauptrolle spielt, und die Produktion sozusagen von der Maschine allein abhängt, hat jede Reduktion der Arbeitsdauer eine Minderleistung der Produktion und deshalb eine Erhöhung des Kostenpreises zur Folge, da die Arbeiter für die reduzierte Arbeitszeit den gleichen Lohn haben müssen wie für die frühere längere Arbeitsdauer.

Obgegen kann man mit neuen, vervollkommenen Maschinen eine größere Geschwindigkeit derselben erlangen, und so ist es mir gelungen, wie Sie aus einleitender Tabelle ersieht werden, in 10 1/2 Stunden die gleiche Produktion wie früher in 11 resp. 12 Stunden zu erzielen: 443 Kilos täglich in März mit elf Stunden Arbeitsdauer, und 448 Kilos durchschnittlich per Tag in April, Mai und Juni mit bloß 10 1/2 Stunden, was eher merkwürdig ist.

Über die Reduzierung von 10 1/2 auf 10 Stunden per Tag, also von 60 Stunden auf 60 per Woche, welche wir seit dem 1. April 1904 in Frankreich haben, habe ich nicht mehr anzuführen brauchen durch größere Geschwindigkeit meiner Maschinen, und da wir den Arbeitern den gleichen Lohn geben wie früher, ist mein Kostenpreis um 5 pCt. gefallen.

Da ich das im Voraus schon wusste, habe ich in der Kölner Versammlung von 1902 einen Vorschlag gemacht: 10 Stunden per Tag während 6 Tage, was also 60 Stunden per Woche macht, die Arbeit wie folgt einzuteilen: 11 Stunden per Tag während 5 Tage und am Sonnabend bloß 5 Stunden, was also auch wieder 60 Stunden per Woche macht.

Diese Einteilung hätte für den Arbeiter, und hauptsächlich für die Frauen den großen Vorteil, den ganzen Sonnabend nachmittag frei zu haben, und für den Arbeitgeber die Möglichkeit auf Kohlen und Reparaturen (welche bis jetzt am Sonntag mit doppeltem Tarif gemacht werden und dann am Sonnabend nachmittag mit gewöhnlichem

Tarif gemacht werden könnten) einen Teil dieser Erhöhung des Kostenpreises wieder zu gewinnen.

Ich wäre sehr froh, wenn meine Erfahrungen dazu helfen könnten, einige Einwendungen der Arbeitgeber gegen die Reduzierung der Arbeitsdauer zu beseitigen und, indem ich Ihre Bemerkungen über meine Ideen gerne entgegennehme, verbleibe ich

Ich erlaube

Strohl.

Wie aus der Tabelle hervorgeht, auf die der Brief verweist, hat Herr Strohl in 10 1/2 Stunden genau soviel produziert, wie früher in 11 resp. 12 Stunden. Dieser Erfolg ist in der Hauptsache zurückzuführen auf technische Verbesserungen im Betriebe. Das wird in der Beweischrift eingehend dargelegt. Der Vorschlag, die Arbeitszeit so zu gestalten, daß der Sonnabendnachmittag vollkommen freibleibt und doch eine 60stündige Arbeitsdauer pro Woche erreicht wird, ist in dem Betriebe derselben Firma auf schweizerischem Boden erprobt worden, und der Betrieb wie die Arbeiter kommen gut zurecht.

In Deutschland steht die Einführung eines geistlichen 10stündigen Normalarbeitertages für die Arbeiterinnen in Aussicht. Graf Vosjadowsky hat im Reichstage „diesen Apfel für reif“ erklärt. Auch in der Textilindustrie Deutschlands arbeiten Frauen und Männer nebeneinander, so daß die geistliche Einführung des Zehnstundentages für die Arbeiterinnen die gleiche Verkürzung der Arbeitszeit auch für die Männer mit sich bringen würde. Gerade deswegen aber findet das beabsichtigte Gesetz in den Kreisen der Textilindustriellen Deutschlands, namentlich Norddeutschlands, noch wenig Gegenliebe. Es wäre daher vielleicht ganz zweckmäßig, wenn die Erfahrungen des Herrn Strohl mit der 60-Stundenwoche nützlich gemacht würden für die deutsche Textilindustrie, indem das geplante Gesetz es den Unternehmern überläßt, ob sie 6 x 10 Stunden oder 5 x 11 Stunden und einmal 5 Stunden pro Woche arbeiten lassen wollen. Natürlich müßte der Unternehmer verpflichtet werden, der Vollzugsbehörde anzuzeigen, für welche Form der 60-Stundenwoche er sich entschieden hat, damit eine Kontrolle über die Durchführung der geistlichen Vorschriften möglich ist.

Diese Art der geistlichen Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie hätte gewiß auch noch den Vorteil, daß der Widerstand der Unternehmer unwirksam gemacht würde. Der einmal eingeführte freie Sonnabendnachmittag bliebe auch dann dauernd bestehen, wie das Beispiel Englands lehrt, wenn durch weitere technische Verbesserungen oder internationale Vereinbarungen eine weitere Verkürzung der täglichen Arbeitszeit Platz greifen könnte.

### Brief der Bergarbeiter an die Arbeitgeber.

Die Organisationen der Bergarbeiter haben folgenden Brief an die Gewerkschaft des Bergbauers gerichtet:

Wodum, den 10. Oktober 1906.

Die ergebenst Unterzeichneten sehen sich veranlaßt, begehrt Forderungen der in Kohlengruben und allen Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter der üblichen Diktation mit der Bitte zu überreichen, diesen Forderungen möglichst gerecht zu werden und bis zum 25. d. Mts. Nachricht über Ihre Entscheidung zukommen zu lassen.

In der Hoffnung, daß Sie angesichts der für die Werksbesitzer günstigen Konjunktur geneigt sind, diese berechtigten Ansprüche der Arbeiter zu erfüllen, um den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeiter aufrecht zu erhalten,

zeichnen mit größter Hochachtung

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands  
H. Sachse, Vorsitzender.

Der Vorstand des Gewerkevereins Christl. Bergarbeiter Deutschlands  
F. Köhler, Vorsitzender.

Der Vorstand der polnischen Berufsvereinigungen  
A. Sosinski, Vorsitzender.

Verein zur gegenseitigen Hilfe, Deutschen O.-Sch.  
Kroll, Vorsitzender.

Der Vorstand des Gewerkevereins der Bergarbeiter Deutschlands  
H. J. Hammer, Vorsitzender.

NB. Die Antwort bitten wir an Herrn H. J. Hammer, Oberhausen (Mhd.), Mühlenterrasse 132, zu adressieren. Die Obigen.

Die Forderungen gehen dahin, daß

- a) die Löhne aller unter und über Tage auf den zugehörigen Werken und Nebenanlagen beschäftigten Arbeiter durchschnittlich um mindestens 15 pCt. höher gestellt werden als sie in den letzten drei Monaten laufenden Jahres gestanden haben, und daß die Löhne im Gebirge eine bessere Regelung insofern erfahren, daß nach der erfolgten 15prozentigen Lohnerhöhung nicht mehr so tief unter dem Durchschnitt stehende Löhne vorkommen als bisher;
- b) die vielfach bestehende Sperr zwischen den betreffenden Werken, beziehungsweise Revieren, aufgehoben wird, damit auch für die im Bergbau tätigen Arbeiter die durch die Sperrsysteme entzogene volle Freizügigkeit endlich wieder gänzlich hergestellt und garantiert wird.

Aus Obigen geht hervor, daß diese Forderungen sehr mächtig sind und sich auf einer Basis bewegen, auf welcher sie die Herren Werksbesitzer, angesichts der anerkannt guten Konjunktur, bei nur einigermaßen gutem Willen erfüllen können.

Daß die heutigen Löhne bei den vielfach gestiegenen Mieten und Steuern, namentlich bei den ungeheuren hohen Lebensmittelpreisen nicht ausreichten, hat doch selbst die „Deutsche Bergwerkszeitung“ unterm 9. September und auch andere den Werksbesitzern nahestehende Zeitungen anerkannt.

Daß auch das übermäßig florierende, so gesundheitschädliche Ueberfrachten meist aus den so unzureichenden Löhnen resultiert und der baldigen Abhilfe bedarf, wird wohl kaum mit Recht bestritten werden können. Und daß die Löhne ohne Gefahr für die Besizer entsprechend erhöht werden können, zeigen die fast durchgängig höheren, ja meist glänzenden Ueberfrachten im Bergbau.

Ebenso ist es auch unbestreitbar, daß die Arbeiter durch die vielfach ausgeübten Sperrsysteme sich nicht nur stark geschädigt, sondern auch als Staatsbürger zweiter Klasse herabgedrückt fühlen, so daß dieser Zustand für die Arbeiter unerträglich ist.

Aus all diesen kurz angeführten Gründen erhoffen wir ein entsprechendes Entgegenkommen, um im beiderseitigen Interesse auf ruhigem und friedlichem Wege zu einer Verständigung gelangen zu können.

Für Niederschlesien und Mitteldeutschland sind diese Forderungen noch um etwas erweitert worden, und zwar kommt hinzu für Niederschlesien:

- b) die seit mehr als fünf Jahren eingeführte lange Schichtzeit streng eingehalten ist und die Strafen für Nichterfahren von Ueber- und Nebenarbeiten beseitigt werden;

Str. Berlin...  
Berl. 15. Okt. 1906.  
Das Bureau des Zentralrats.  
Eduard Hartmann.

Vielan, Trotha, Gröblich, Ueberröblingen und Canena.  
Dem Mitteldeutschen Ausbreitungsausschuss war Kollege  
Holme in und vom Ortsverband der Kollegen Samig,  
Lecher und Frau Käfer erschienen. In der Versammlung  
nahm auch teil der Vertreter der „Mitteldeutschen Volks-  
zeitung“ Herr Rieger. Den Generalrat vertrat Kollege  
Weinburg. Ueber den ersten Gegenstand betreffend die  
Arbeiterversicherung referierte Wohlleben-Palle II. Der  
Referent hielt es für dringend wünschenswert, doch sich die  
Mitglieder mit der Versicherungsfrage zu vertraut  
machen, damit sie nicht im gegebenen Falle den sogenannten  
Platzwählern in die Hände fallen. Die Verbandsgenossen  
sind bei den Kaufmannsgenossen in Unfall-, Invaliden-  
und auch Kranken-Versicherungsfragen immer auskunft,  
eventuell sei hierzu auch der Generalrat bereit. Für  
Betreuerfragen vor dem Reichs-Versicherungsausschuss habe  
den Verhandlungen in Berlin Befolge getroffen. Dem sehr  
bedeutsam angesehnen Vortrag folgte eine lange Dis-  
kussion, in welcher vielfach der Wunsch geäußert wurde,  
Kollege Wohlleben möchte den Vortrag auch noch in den  
Ortsvereinen halten. Zweiter Gegenstand der Tagesordnung  
war die Frage der Beitragssteigerung, über welche Kollege  
Weinburg referierte. Mit dem Gewerkebeitrag von  
10 Pf. pro Woche könne heute nicht mehr alles geleistet  
werden, was die moderne Zeit von einer entsprechenden  
Arbeiterorganisation verlangt. Die harte Inanspruchnahme  
des Gewerkebeitrags bei Lohnkämpfen habe die Ausgaben  
sehr erheblich erhöht. Bleibe die Höhe des Gewerkebeitrags  
einstufenweise einführen, damit für die älteren Gewerkebetriebe  
der bisherige Beitrag beibehalten werden könne. In der  
Diskussion sprach man sich ebenfalls für die Einführung  
des Einstufenbaus aus. Schließlich wurde in einer allseitig  
getragenen Resolution erklärt, daß die Ortsvereine der  
Fabrik- und Handarbeiter von Halle und Umgebung  
für eine Erhöhung der Beiträge im Gewerkebeitrag eintritten,  
da die jetzigen Arbeitsverhältnisse hohe Anforderungen an  
die Organisation stellen, die nur bei allgemeiner Opfer-  
willigkeit erfüllt werden können. Der Referent ermahnte  
auch immer das alle Gewerkebeiträge im Auge zu be-  
halten: „Einer für Alle, und Alle für Einen!“ Sodann  
sprach Herr Rieger über die „Mitteldeutsche Volks-Zeitung“  
und legte allen Anwesenden dringlichst ans Herz, recht viel  
Abonnenten zu sammeln und auch sonst an der Gewer-  
kezeitung mit zu arbeiten. Die „Mitteldeutsche Volks-  
zeitung“ gebe sich alle Mühe die Gewerkebeiträge zu fördern,  
dafür verbiete sie es auch, daß die Gewerkebetriebe für die  
Ausbreitung des Blattes wirkten. Die nächste Konferenz  
sei im Januar in Berlin bei Wohlleben zu halten.  
R. Koch, Schriftführer.

Die Leistungen an sich, so wird man finden, daß das so  
nicht mehr weiter gehen kann. Ebenso sind es immer die  
selben Kollegen, die opferfertig sind. Die etwas geben  
können, geben nichts, und die Kollegen, die die Lebensfragen  
kennen, die geben ihr Bestes gern für ihre kämpfenden  
Kollegen. Wir machen darum dem Zentralrat den Vorschlag,  
bei solch großen Streiks und Ausprägungen obli-  
gatorisch pro Woche und Mitglieder 5 Pf. zu  
erheben. Das würde auf einen Mitgliederbeitrag von  
120 000 pro Woche 6000 Pf. ausmachen. Es darf aber  
nicht mehr als 5 Pf. pro Woche und Mitglieder genommen  
werden. Die Ortsvereine haben mit ihren 20 Pf. schlichte  
Erfahrungen gemacht. Auch darf es bloß von Fall zu Fall  
genommen werden. Man ist hier allgemein der Ansicht,  
daß eine Kotze geschaffen werden muß, weil die Ausprägungen  
und Streiks immer größere Dimensionen annehmen.  
§ Zweibrücken. Am Sonntag, 7. Oktober, sprach  
sich nach einem Referat des Kollegen Kaiser-Kaufmann  
über die Notwendigkeit der Organisation, sowie  
über die Organisationsfragen der bestehenden Organisations-  
richtungen der Ortsvereine der Brauer mit 100 Mit-  
gliedern dem Verband der Deutschen Gewerkevereine an.  
Am Mittwoch, 10. Oktober, nahmen seine Vertreter zum  
ersten Mal an der Ortsverbandvertreterversammlung teil. Es  
ist die Antwort auf die noble Kampfbewegung eines  
Leiters der „Genossen“, der in der vorhergehenden Ver-  
sammlung der Brauer die Gewerkevereine in gemeinsamer  
Weise verächtlich und verurteilt.  
Wir heißen die neuen Kollegen herzlich willkommen  
und wünschen ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit. Soweit es  
in unserer Kraft liegt, wollen wir den Kollegen die weit-  
gehendste Unterstützung angedeihen lassen. Es dürfte dies  
ein Ansporn für die Kollegen allerorts sein, sich um Be-  
trieb, welche uns noch nicht angegliedert sind, sehr zu  
kummern. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben. x.

Den übrigen Bewerbern dankt der Zentralrat  
recht herzlich für ihre freundliche Bereitwilligkeit.  
Berlin, 15. Oktober 1906.

Das Bureau des Zentralrats.  
Eduard Hartmann.

**Versammlungen.**  
Berlin. Bezirksrat der Deutschen Gewerke-  
vereine (S. D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis  
10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine,  
NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen.  
— **Gängeher der Deutschen Gewerkevereine (S. D.).**  
Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Liebungsstunde im  
Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal).  
Gäste herzlich willkommen. — **Sonntags, 30. Oktober.**  
Rathschmiedens a. Metallarbeiter II. Ab. 8 1/2 Uhr,  
Rudolfstr. 36a. Versammlung. Monatsbericht. Vereins-  
und Berufsangelegenheiten. — **Rathschmiedens a. Metallarbeiter III.** Abds. 8 1/2 Uhr, Besessstr. 27.  
Beratung. Vortrag des Herrn Dr. Gummert über die  
Zustände der Arbeiterbewegung. — **Rathschmiedens a. Metallarbeiter IV.**  
Abds. 8 1/2 Uhr, bei Bayer, Zeltowstr. 3. Vortrag des  
Verbandssekretärs Herrn E. Schulz: „Soziale Welt-  
und Streikfragen“. Monatsbericht. Sozialdemokratische  
— **Rathschmiedens a. Metallarbeiter V.** Abds. 8 1/2 Uhr,  
Kottbuserstr. 4a. Versammlung. 2. D. Monatsbericht.  
Vortrag des Hrn. Richter, Thema: „Das Invalidenrecht  
und Rentenversicherung“. — **Rathschmiedens a. Metall-  
arbeiter VII.** Abds. 8—9 Uhr, Zeltowstr. 41, Zofelstr. 21.  
1. Oktober, 1 Uhr, Besuch der Ironia, Zankstr. 48—49.  
— **Rathschmiedens a. Metallarbeiter XI.** Abds. 8 1/2  
Uhr, bei Koch, Allee 28. 2. D. Monatsbericht.  
Salle a. G. Graphische Werke und Maier.  
Sonntags, 30. Oktober, abds. 8 1/2 Uhr, Monatsversam-  
mlung im Passage-Restaurant.

**Orts- und Regionalverbände.**  
Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im  
Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Hrn.  
Schulte-Rattler, Dischstr. 26. — **Gannover und Um-  
gebung (Ortsverband).** Die Ortsverbände der Orts-  
verbands-Bezirksrat finden jeden Dienstag abends 9 Uhr  
im Verbandshaus „Königsberg“ Besessstr. 12. Rat-  
und Streikfragen“. Jeden Sonntag abends 9 Uhr Sitzung  
bei Halber, Jägerhof. — **Boerde und Umgebung  
(Ortsverband).** Sonntag, 28. Oktober, nachm. 5 Uhr, bei  
Hrn. Schmidt, Jägerhof, Ortsverband-Versammlung. —  
Rhein (Ortsverband). Sonntag, 18. Oktober, nachm. 4 Uhr,  
in Köln Ehrenfeld, Bismarckstr. 298. „Der Elbstrefeld“  
(früher Verbandshaus), Ortsverband-Versammlung.  
**Veränderungen d. Organisations zum Ortsver-  
bandsrat.**  
Dortmund (Ortsverband). Adolf Rieth, Kassier,  
Hofmeisterstr. 2.

### Verbands-Zeil.

#### Bekanntmachung.

Der Zentralrat hat in seiner Sitzung vom  
11. Oktober den Kollegen Leonor Lewin zum Ver-  
bandssekretär für die Vertretung der Unfallverletzten  
und Invaliden vor dem Reichsversicherungsamt ge-  
wählt.  
Alle Anfragen und Mitteilungen in allen  
Fragen der Arbeiterversicherungsfrage sind da-  
her nunmehr an den Gewählten zu richten. Adresse:  
Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalder-  
straße 221/23.

### Anzeigen-Zeil.

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Handwerker-Lebens-Versicherung.**  
Allgemeiner Deutscher Versicherungs-Verein in Stuttgart auf Gegenseitigkeit.  
Verlanges Sie kostenlos Prospekt über  
Thätige Vertreter werden allerorts angestellt.

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
Broschüre zum 70. Geburtstag des Kaisers von Karl  
Gahr und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf.  
Zeitschrift zum Gewerkegesetz von Dr. Ray Girsch.  
Preis 30 Pf.  
Abgemessener durch die Unfallversicherungsfrage von Karl  
Goldschmidt. Preis 30 Pf.  
Der gesetzliche Arbeiterbeitrag im Deutschen Reich von  
Dr. Ray Girsch. Preis 30 Pf.  
Gesamtdarstellung zum Invaliden-Versicherungs-Gesetz von  
Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf.  
Anspruchsbild bei Verbandsratswahl Dr. Ray Girsch  
180:280 mm. Preis 50 Pf.  
Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkevereine. —  
Broschüre zum 25-jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerke-  
vereine (Hirsch-Dunker) von Dr. Ray Girsch. Preis 1 Mark.  
Kollektions-Wirtschaftslehre von Dr. G. J. Koch. Preis 80 Pf.  
Arbeiterbeitrag in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter-  
Berlin und F. Berndt-Dresden. Gratis.  
Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland.  
2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann  
Dorablich-Strasbourg. Gratis.  
Lehrverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl  
Gahr-Burg und J. D. Käser-Nürnberg. Gratis.  
Arbeiterbeitrag, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom  
Standpunkte der Deutschen Gewerkevereine von Dr. Ray  
Girsch. Preis 20 Pf.  
Wander zu Wutragen, Klage- und Beschwerdeschriften in  
Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-,  
Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf.  
Und alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Geset-  
bücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die  
Bereitschaftstellen, sind zum Buchhandlungspreis durch das Ver-  
bandsbureau zu beziehen.  
Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandssekretär  
Rudolf Rieth, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.  
Das Bureau des Zentralrats.  
Rudolf Rieth.

**Thätige und saubere  
Möbelfabrik**  
finden bei hohem Arbeiterlohn  
dauernde Beschäftigung in  
Barr (Hann.).  
Kleinen Möbelwerkfabrik.  
Kolonien nimmt entgegen  
Wilhelm Peters,  
Barrstr. 624.  
**Verbandsbureau  
der  
Deutschen Gewerkevereine**  
Berlin N.O.,  
Greifswalderstraße 221/23.  
Treffpunkt aller Gewerke-  
vereinskollegen an den Abenden  
... und an jedem Sonntag ...  
Prächtige Festfeste, große Restauration  
mit vorzüglicher Küche, vier Regel-  
bahnen. Alles den Anforderungen  
der Neuzeit entsprechend eingerichtet.  
Zur Abhaltung von Versammlungen,  
Sitzungen, Winter-Bergungungen  
jeder Art allen Ortsvereinen und  
Mitgliedern bestens empfohlen,  
ladet zum Besuch freundlich ein  
Carl Berndt, Dörfchen.  
Dortmund (Ortsverb.), Arbeits-  
nachweis und Ortsverbandsekretär  
75 Pf. bei August Braun,  
Eisenstr. 68.  
Eisen (Hann.), Herberge zur  
Feldmal, Arbeitsnachweis u. Ber-  
pfligungsstellen im Gewerkever-  
bandsbureau, Post-Allee 23.  
Eisenach (Ortsverband), Kassen-  
h. Kassier Eduard Hartmann,  
Wiesenstraße 10.

**Die Königsberger  
Gartungische Zeitung**  
(Gegründet 1860)  
ist das Hauptorgan der preussischen Volkspartei in Ost- und West-  
preußen und bringt, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern,  
ausführliche Telegramme über alle wichtigen Ereignisse,  
Original-Korrespondenzen und Korrespondenzen, politische Über-  
sicht, umfassende Reichs- und Landtags-Berichtungen,  
telegraphische Kursnotierungen u. Mit besonderer Sorg-  
falt werden die Handels- und volkswirtschaftlichen Zeitfragen  
wahrgenommen und krafftvoll vertreten, wie denn überhaupt die  
Gartungische Zeitung das maßgebende Handelsblatt unseres  
Nordostens ist. Ein gebiegenes Familienblatt, Sonntags-  
Theater-Beilage u. tragen bei weiteren dazu bei, der Gartung-  
schen Zeitung ihre alte Beliebtheit zu erhalten und ihr fort und  
fort neue Freunde zu erwerben.  
Die Gartungische Zeitung erscheint täglich zweimal.  
Wegzugspreis Mk. 3,75 pro Vierteljahr (ohne Postgeb.).  
Für Königsberg Mk. 3.— pro Vierteljahr, mit Postlohn Mk. 3,50.  
**Insertate jeder Art**  
finden bei der hohen Auflage der Zeitung die weiteste Verbreitung  
und sind stets wirksam, da das Blatt hauptsächlich in den  
gebildeten und kaufkräftigen Kreisen der Bevölkerung gelesen wird.  
**Insertionsorgan fast sämtlicher Behörden!**  
Zeilenpreis 20 Pf., Restamen 75 Pf., Wohnungs-An-  
zeigen und Arbeitsmarkt 15 Pf.  
**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.**  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.  
**Verbandsgenossen!**  
Allen nach Berlin kommenden Verbandsgenossen empfehlen wir  
unsere neuen und gut eingerichteten Logierzimmer zur gefälligen Benutzung  
bei möglichen Reisen. Meldungen bis Abends 10 Uhr beim  
Hauswart Böhmer, Luegstraße.  
Das Bureau des Zentralrats.



Raumburg zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt worden. Der Kampf der Mannheimer Schlichtergesellen hat bewirkt, daß die Forderung ihrer Mitglieder auffordert, die im Zentralverbande organisierten Gehilfen möglichst bald zu entlassen. — Die Ausperrung in der Berliner Schuhindustrie ist zur Tatsache geworden. In 30 Fabriken wurden gegen 1100 Arbeiter auf das Pfahler geworfen. — In der Rammgarnspinnerei von Weß jun. & Co. in Langensalza sind an 350 Spinnerrinnen, Weber und Hilfsarbeiter wegen der Maßregelung ihrer Kollegen in den Ausstand getreten. Während im Neckgebiet der Streik der Fildler als erledigt angesehen werden darf, macht sich unter den Elbeschiffen eine lebhaftere Bewegung bemerkbar. Ihren Anfang nahm dieselbe, wie wir in voriger Nummer mitteilten, in Hamburg. Jetzt haben sich auch in Magdeburg, Dresden und Koblenz die Arbeiter angegeschlossen. In Teischen (Böhmen) sind auch die Heizer der Schiffahrtsgesellschaften in den Ausstand getreten. Auf große Streiken hin ruht der Verkehr auf der Elbe vollständig. Die Schiffahrtsgesellschaften wollen die Streikenden wegen Kontraktbrüchen zur Verantwortung ziehen. — In Radzylowka bei Gleiwitz ist die Besetzung der Kohlengrube wegen Ablehnung einer Lohnforderung in den Ausstand getreten. — Im Drauzer Kohlenrevier fanden am Anfang der Woche große Bergarbeiterversammlungen statt, in denen eine Resolution Annahme fand, daß die Arbeiter trotz Nichtbewilligung ihrer Forderungen in ihrem eigenen und der Gewerkschaften Interesse zurzeit nicht in den Ausstand treten. — Im Braunlohnerbergwerk „Gladbach“ in Lichtenau in Schlesien freiten sämtliche Grubenarbeiter, weil ihnen auf ihre Forderung von 83 p/ct. Lohn-erhöhung nur 15 p/ct. bewilligt worden sind. — In Budapest hat ein großer Teil der freitenden Bäckergehilfen die Arbeit wieder aufgenommen.

Wie wenig Verständnis bisweilen selbst die Arbeiter der Verkürzung der Arbeitszeit entgegenbringen, zeigt eine Mitteilung des Gewerbeaufsichtsbearbeiters für den Bezirk Plauen i. V. Derselbst weigern sich nämlich die Steinbrecher, die je fünfmalige Arbeitszeit in Anspruch zu nehmen, wie bisher elf Stunden und länger arbeiten. Es heißt darüber:

„Der Hinweis auf die jederzeitige Gefahr der Belamung durch den Steinbrecherstand vorgebrachten Wünschen wurde (von den Arbeitern) damit beantwortet, daß keine wahrscheinlich von jungen, heftigen Leuten, die keine Familie zu ernähren hätten, ausgegangen seien.“

In einem anderen Steinbruch haben die Arbeiter erklärt: „Und wenn wir täglich 24 Stunden arbeiten, geht das niemand etwas an.“

Derartige Anschauungen zeigen wirklich von einem geringen Verständnis für die eigene soziale Lage. Jene Steinarbeiter scheinen gar nicht daran zu denken, daß gerade in ihrem Berufe die Schwind- sucht und unerbittlichste gäbtre Opfer fordert. Das wirksamste Mittel dagegen ist die Verkürzung der Arbeitszeit. Einmal wird bei kürzerer Arbeitszeit der Körper nicht so sehr geschwächt und bleibt widerstandsfähiger, dann aber ist er auch nicht so lange der schädlichen Einwirkung ausgesetzt. Diese Argumente sind doch so einleuchtend, daß man nur annehmen kann, daß eine überaus schlechte Ent- löhung den Wunsch auf längere Arbeitszeit nach- gerufen hat.

Für die Einführung einer Sonntagsruhe legen sich jetzt vielfach die Ärzte ins Zeug. Auch diese oft vielgelagten Menschen möchten einen freien Tag für sich haben und lassen deshalb an vielen Orten am Sonntag die Sprechstunden ausfallen. Nun aber liegt es in der Art des Berufes, daß ohne jede ärztliche Hilfe ein Ort nicht gut existieren kann. Deshalb ist in manchen Städten durch allgemeines Ueber- einkommen der Sonntagsdienst nur ganz bestimmten Ärzten in den einzelnen Stadtteilen übertragen. In dem Sprechzimmer jedes Arztes oder an der Tür wird durch ein Schild bekannt gegeben, an wen der Hilfesuchende sich zu wenden hat. In Raumburg werden die Namen der Ärzte, die den Sonntags- dienst haben, am Sonntag vorher durch die Zeitungen bekanntgegeben.

Des Lobes voll über den Verlauf des Mannheimer Parteitag sind die „Genossen“. Die Ge- schlossenheit der Partei, die Einigkeit zwischen ihr und den Gewerkschaften ist wieder einmal im glänzendsten Maße gezeigt worden. So hieß es nach Dresden, so schrieb man nach Jena, genau so hört man es nach Mannheim, und so wird es auch in Zukunft stets heißen. Die eigenen Einrichtungen und Veran- staltungen werden verbessert und in den Himmel gehoben, während alles, was andere Parteien leisten, herabgesetzt und in den Schmutz getreten wird. Besonders befriedigt von der Mannheimer Lösung sind natürlich die Redaktoren des „Vorwärts“. Das Uebereinkommen, ihre schmutzige Streikbrecherangelegen- heit nicht zur Sprache zu bringen, ist gewissenshaft ge-

halten worden. Kein Wort des Vorwurfs über ihre in den Augen jedes ehrenhaft denkenden Arbeiters verwerfliche Handlungsweise wurde laut. Der Partei- tag sanktionierte dadurch den Streikbruch. Nicht ein- mal die Gewerkschaftsführer, von denen man schon nach der Haltung des Korrespondenzblattes der Generalkommission ein kräftiges Wort erwarten durfte, wagten einen Ton zu sagen. Den einfachen „Genossen“ ist das natürlich unerklärlich, und so wurde denn in den Berliner Versammlungen, in denen der Bericht über den Parteitag erörtert wurde, verschiedentlich behauptet, daß der „Vorwärts“-Konflikt nicht erörtert worden sei. Natürlich gleitet der „Vorwärts“ in seiner Berichterstattung anklagt über diese für ihn so beschämende Tatsache hinweg. Nur ganz kurz wird erwähnt, daß in der Versammlung des 1. Wahl- kreises ein „Genosse“ die Bemerkung machte, daß es sich in Mannheim um ein Vertuschen von Streitig- keiten handelte, aus dem Bestreben heraus, Frieden zu stiften“. In den übrigen Versammlungen wurde das „Tatschweigen des „Vorwärts“-Konfliktes“ er- wähnt, von den Parteivortretern aber stets als etwas Erfreuliches hingestellt. Gerabegu tomisch muß es wirken, wenn der „Vorwärts“-Bericht dem „Genossen“ Hoffmann im 4. Wahlkreis sagen läßt, daß die Berliner Delegierten an sich nichts gegen das Tat- schweigen des „Vorwärts“-Konfliktes gehabt hätten; aber gegen ein Vergraben der Angelegenheit in einer Kommission würden sie ganz entschieden Stellung ge- nommen haben.“

Aus diesen faulen Ausreden spricht deutlich die Verlegenheit, in der man sich befindet. Aber wie dem auch sei: Auf den ersten Blick kann man den Ein- druck haben, als wenn der Mannheimer Parteitag einen Erfolg der Gewerkschaften bedeutet. Wir sind der Meinung, daß das Tatschweigen des „Vorwärts“- Konfliktes, in dem gegen alle gewerkschaftlichen Grund- sätze auf Aergers verstoßen worden ist, einen Faust- schlag ins Gesicht für die Gewerkschaften bedeutet. Wenn sie ihn nicht empfunden haben, so liegt das daran, daß sie sich schon zu sehr an die unwürdige Behandlung gewöhnt haben, die ihnen durch die Partei zuteil wird.

Der französische Kongreß der Arbeiterberufs- vereine (Gewerkschaften), der in der vorigen Woche in Amiens tagte, hat eine energische Abgabe an die Sozialdemokratie beschlossen. Der Antrag auf dauernde oder wenigstens zeitweilige Vereinigung mit der sozialistischen Partei wurde mit 729 gegen 34 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) abgelehnt. Sodann wurde eine Erklärung angenommen, die jeder der vielen Richtungen in der französischen Arbeiterbewegung eine kleine Konzeption macht, um sie alle für die praktische Bekämpfung einig zu machen. Darum wird auch die Expropriation der Kapitalisten theoretisch ge- fordert und der Generalstreik als Kampfmittel an- erkannt. Die theoretische Erklärung wird präziert durch folgende Punkte:

„Im wähtigen Kampf verfolgt der Syndikalismus die Vereinigung der Arbeiterkräfte, die fortschreitende Lösung der Lebensweise der Arbeiter durch un- mittelbare Verbesserungen, wie Abkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung usw.“

Aber diese Tätigkeit ist nur eine Seite der Auf- gaben des Syndikalismus. Er bereitet die voll- ständige Befreiung vor, die sich nur durch die Expropriation der Kapitalisten vollziehen kann.

Er erklärt als Kampfmittel den Generalstreik und spricht die Ansicht aus, daß die Syndikate, die heute eine Widerstandsorganisation sind, künftig die Produktions- und Verteilungsgruppe, die Grund- lage der sozialen Reorganisation sein werden.

Der Kongreß erklärt, daß diese zweifache Arbeit für die Gegenwart und Zukunft aus der Lage der Arbeiterklasse entspringt, die es allen Arbeitern, welches auch ihre philosophischen oder politischen Anschauungen seien, zur Pflicht macht, dem Syndikat anzugehören.

Demzufolge beträftigt der Kongreß die volle individuelle Freiheit für die Mitglieder, außerhalb der Gewerkschaftsorganisationen an jenen Kampfmethoden teilzunehmen, die ihren philosophischen oder politischen Anschauungen entsprechen und begünstigt sich, von ihnen zu fordern, daß sie in die Gewerkschaft die Meinungen, die sie außerhalb be- kennen, nicht einführen.“

Zum Schluß der Resolution wird dann nochmals erklärt, daß sich die Organisationen nicht mit den Parteien und Sekten zu befassen haben, die außer- halb und abseits in voller Freiheit die soziale Um- wandlung anstreben können.“ Außerhalb der Organi- sation kann also jeder machen was er will, innerhalb der Organisationen werden Agitationen für eine der politischen Parteien oder Sekten nicht geduldet.

Diese Resolution wurde mit 830 gegen 8 Stimmen angenommen. Deiber wie in Amiens gesehen, kann die Abgabe an die sozialistischen Parteien und Sekten Frankreichs nicht geschehen.

Ueber die Zahl der organisierten Arbeiter in Amerika und über das Zahlenverhältnis der or- ganisierten Arbeiter zu der übrigen Bevöl- kerung in den verschiedenen Ländern, wird der Weser Zeitung aus New York geschrieben: „Das Arbeits- bureau des Staates New York hat heute eine vorläufige Statistik der Fortschritte des Trade-Unionismus aus- gegeben, aus welcher erhellt, daß gegenwärtig in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 8 000 000 or- ganisierter Arbeiter sind. Von diesen sind ein Viertel Bürger der Vereinigten Staaten oder doch hier An- wasser. Der Staat New York, der etwas weniger als ein Fünftel der Bevölkerung Frankreichs hat, hat reichlich halb so viel Unionarbeiter als die französische Republik. Im Staate New York ist je eine aus 19 Per- sonen Mitglied einer Arbeiterunion, in England eine von 22, in Dänemark eine von 27, in Deutschland eine von 31, in Frankreich eine von 50, in Oesterreich eine von 80, in Italien eine von 125, in Ungarn eine von 230 und in Spanien eine von 325. Aus diesen vom Arbeitsbureau gesammelten Daten geht hervor, wie viel stärker der Unionismus im Norden Europas vertreten ist als im Süden und wie erheblich stärker in englisch sprechenden Ländern als in Deutschland und Dänemark. In Oesterreich sowohl als in Ungarn ist der Unionismus noch jung, aber im schnellsten Steigen begriffen.“

**Kinderschutz.** In Frankenthal sind wegen Ver- gehen gegen das Kinderschutzgesetz nicht weniger als 80 Geschäftsinhaber und Gewerbetreibende mit Geld- strafen belegt worden. Die Bestrafungen erfolgten, weil die Kinder von 13 bis 14 Jahren länger als 6 Stunden täglich beschäftigt wurden.

Die hohe Zahl der Bestrafungen scheint uns ein Beweis dafür zu sein, daß die Strafen selbst sehr niedrig waren. Wäre das nicht der Fall, so würden sich die Herren, die Kinder beschäftigen, schon hüten, gegen das Gesetz zu verstoßen. Wahrscheinlich bringt die billige Beschäftigung der Kinder aber die Strafen reichlich wieder ein. Nachsicht ist hier durchaus nicht am Platze. Wer sich nicht scheut, die jugendliche Arbeitskraft über Gebühr auszunutzen, dem kann auch eine empfindliche Strafe nichts schaden!

Die Ortsgruppe Berlin der Gesellschaft für Soziale Reform beabsichtigt, genähende Beteiligung vorausgesetzt, im Winter 1906/7 eine Anzahl von typischen Berliner Kleinwohnungs-Gebäuden zu be- sichtigen und zwar zuerst den von der Berliner gemein- nützigen Bau-Gesellschaft — Vorsitzender Herr Land- gerichtsrat Kroschus — Votbringer Str. 32/33 und Zehdenicker Str. 26/27 benutzten Häuserblock. Die Mitglieder der Ortsgruppe, sowie deren Damen, werden ganz ergebend zu der Besichtigung eingeladen. Nichtmitglieder können nach vorheriger Anmeldung und Angabe ihrer Adresse bei einem der Unterzeichneten (Gehheimer Regierungsrat Dr. Füllge, W. 10, Hertules- ller 10, oder Dr. W. Zimmermann, W. 80, Rollen- dorffstraße 29/30, Bureau für Sozialpolitik) an der Besichtigung teilnehmen. Versammlungszeit: Sonntag, 28. Oktober 1906, präzis 12 Uhr. Versammlungsort: Der Hof des bezeichneten Häuserblocks; bei schlechtem Wetter der Saal der zu dem Häuserblock gehörigen Kleinkinderbewahranstalt. Herr Affessor Fint vom Vorstand der Bau-Gesellschaft hat sich freundlich be- reit erklärt, die Führung zu übernehmen.

Nach der Deutschen Maschinen- und Feiler- zeitschrift sind seit dem Jahre 1877 bis einschließlich 1905 im ganzen 466 Dampfessel explodiert, wobei 1003 Personen verunglückten. Davon waren 327 so- fort tot, 198 schwer und 478 leicht verunwundet. So- gleich die Zahl der Dampfessel sich seit 1877 mehr als verdoppelt hat, ist doch die Zahl der Explosionen zurückgegangen. Im Jahre 1905 sind nur 8 Explo- sionen vorgekommen, wobei 4 Personen getötet, 2 schwer und 3 leicht verletzt wurden. Die höchste Zahl der Explosionen wird für das Jahr 1894 mit 35 ver- zeichnet, wobei 20 Personen getötet, 23 schwer und 31 leicht verletzt wurden. Die höchste Zahl der bei Ressel-Explosionen Getöteten weist das Jahr 1883 auf, in welchem bei 14 Explosionen 23 Menschen getötet wurden.

In Südbahallen bricht ein sogenanntes Leben- schutzgesetz, das den Verkäufern und Verkäuferinnen außer der Sonntagsruhe einen freien Nachmittag in der Woche gewährleistet, an welchem das Ge- schäft von 1 Uhr ab geschlossen bleibt. Von dieser Bestimmung sind diejenigen Geschäfte befreit, die mit Familienangehörige beschäftigen, was zur Folge hatte, daß die Inhaber der kleineren Geschäfte ihre Ange- stellten entließen und statt ihrer Familienmitglieder beschäftigten. Damit ist der beabsichtigte Zweck natürlich vereitelt, weshalb der Gewerbeinspektor mit allem Nachdruck fordert, daß das Gesetz des einen geschlossenen Nachmittags in der Woche einheitlich für alle Geschäfte ohne Ausnahme eingeführt werden müsse. Bei einer allgemeinen Umfrage haben sich auch 99 p/ct. der Geschäftsinhaber für den Ge-

e) Die wöchentlichen Abschlagszahlungen für Hauer um 3, und für Vehrauer, Schlepper und Tagesarbeiter um 2 Mk. zu erhöhen sind.

Zur Mitteldeutschland: Die Schichtzeit für Braunkohlengruben, wo sie bisher 8 oder 9 Stunden, einschließlich der Mittagspausen, bereits war oder künftig erst eingeführt wurde, streng festgehalten, und wo sie noch mehr wie 9 Stunden beträgt, auf diese Zeit reduziert wird, und das getrennte Bedinge, wo es besteht, befestigt wird.

Aus Dortmund wird gemeldet, daß die Bergbehörden für die Staatsgruben eine Lohnhöhung von acht bis zehn Prozent in Aussicht genommen hatten. Die Nachricht ist natürlich mit Vorsicht anzunehmen. Der Bergbauische Verein wird, wie wir schon mitteilten, am 22. Oktober Stellung nehmen.

„Hirse“ als Denunzianten.

Die Art der Polemik in der sozialdemokratischen Presse gegen unsere Gewerkschaften läßt, wie unsere Leser wissen, an Niedertracht nichts zu wünschen übrig. Obenan steht natürlich der „Vorwärts“, dessen Redaktion bekanntlich von Streikbrechern geführt wird. Diese Streikbrecher sitzen jetzt so sicher im Sattel, daß nicht einmal der Mannheimer Parteitag es gewagt hat, die brutale Entlassung der früheren Redakteure und die Besetzung ihrer Stellen durch Streikbrecher zur Sprache zu bringen. Auf denkende intelligente Arbeiter können unter diesen Umständen Anrempelien, die im „Vorwärts“ erscheinen, keinen Eindruck machen.

Wenn wir uns trotzdem heute wieder einmal mit einem Angriff des „Vorwärts“ auf die Gewerkschaften beschäftigen, dann tun wir es nur, um zu zeigen, wie tief die „Vorwärts“-leitung in der journalistischen Uebung bereits gesunken ist.

Unsere Gewerkschaften halten den Namen des Begründers ihrer Organisation in Ehren. Kann man sich nun eine bildere Art der Polemik denken, als die ist, wenn das Zentralorgan der Sozialdemokratie, den dummen Jungen in der Partei nachplappernd, die Gewerkschaften „Hirse“ nennt? Der Schild unseres Wort „Hirse“ ist unbesiegt geblieben! Kann die Sozialdemokratie ein Gleiches von den Begründern ihrer Bewegung sagen? Kann sie es sagen von Passale oder von Dr. von Schweiger?

Die „Hirse“ sollen Denunzianten sein. Warum? Weil sie sich nicht in die sozialdemokratischen Gewerkschaften hineinreden lassen wollen! Es ist ganz selbstverständlich für alle verständigen Menschen, daß denkende Arbeiter gegenüber solchem Zwang, wenn sie anders sich nicht helfen können, den Staatsanwalt um Hilfe anrufen.

Das haben die im Gewerkschaften organisierten Fabrikarbeiter in Königsberg getan, als der Zentralverband der Fabrikarbeiter den Versuch machte, den Eintritt der Gewerkschaften in den Fabrikarbeiterverband zu erzwingen!

Am Sonnabend fand vor dem Schöffengericht in Königsberg die Verhandlung statt. Der Staatsanwalt beantragte die Freisprechung der Angeklagten beantragen zu müssen aus einem formalen Grunde. Man hatte die Gewerkschaften nicht „bedroht“, sondern nur ihre Entlassung verlangt, weil die „Zielbewußten“ nur dann mit ihnen zusammen arbeiten wollten, wenn sie aus dem Gewerkschaften auscheiden und dem Zentralverband beitreten! Die Freisprechung der „Zielbewußten“ erfolgte, gleichzeitig aber auch ihre moralische Verurteilung. Der Staatsanwalt erklärte die Handlungsweise der Zentralverbändler für eine verwerfliche. Die Angeklagten verlangten für sich Arbeitsfreiheit und übten Zwang aus auf Arbeiter, die es mit ihrem Gewissen und ihrer Ueberzeugung nicht vereinbaren können, Sozialdemokraten zu sein. Die Freisprechung erfolgte, so muß auch der „Vorwärts“ anerkennen, weil es sich in vorliegendem Falle nicht darum handelte, die andersgesinnten Arbeiter für eine Lohnbewegung und einen Streik zu gewinnen, wie der § 153 der Gewerbeordnung bestimmt, sondern lediglich darum, die Arbeiter zum Anschluß an den Zentralverband zu bewegen.“

Für Menschen, in denen noch ein Funke sittlichen Empfindens lebendig ist, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß es keine rohere Tat gibt, als die freie Ueberzeugung eines Mannes mit Füßen zu treten durch den Mißbrauch der Macht. Die Zentralverbändler sind stärker an Zahl und darum erschrecken sie sich, die andersdenkenden Arbeiter gewalttätig um die Freiheit ihrer Ueberzeugung zu bringen!

Bei den Streikbrechern in der „Vorwärts“-Redaktion würde man allerdings vergeblich nach diesem Fünkchen sittlichen Empfindens zu suchen haben. Wäre dies Empfinden nicht vollkommen abgestorben, dann würde das leitende Organ den „Genossen“ in Königsberg geraten haben, daß sie sich mit ihrer verwerflichen Tat nicht noch rühmen möchten. Zu soviel Mut kann sich der „Vorwärts“ indes nicht aufschwüngen.

Das böse Gewissen.

Wir haben schon in voriger Nummer hingewiesen auf die Erklärung des Hauptvorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker gegen die Forderungen der sozialdemokratischen Blätter, insbesondere des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ in Sachen des neuen Buchdruckerarbeits. In derselben Nummer, die an der Spitze den ersten Mahnruf des Hauptverbandes brachte, beschäftigt sich der „Korrespondent“ in einem sehr gründlichen Artikel mit diesen Forderungen und fragt:

Sollen unsere ehrlichsten Gegner von rechts und links die Geschäfte des Verbandes in die Hände bekommen, sollen wir aufhören, in unseren eigenen Angelegenheiten selbst zu bestimmen? Es ist geradezu erschreckend, wie sich die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“, die führenden Organe der sozialdemokratischen Partei, abmühen, unsere Kollegen in Berlin und Leipzig vor den entscheidenden Versammlungen zu bearbeiten, um, wenn ihr Plan nicht glückt, dann hinterher mit den unfähigsten Beschimpfungen über diese selben Kollegen herzufallen, wie wir das in Leipzig schon so oft erlebt haben. Aber all die Verberungsklänke jener beiden der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dienenden Organe werden am Ende doch wirkungslos bleiben, weil diese aufdringliche Liebe doch zu unaufrichtig und gemacht erscheint.“

Der „Korrespondent“ wird diesem Kapitel, wie er in Aussicht stellt, noch näher treten. Was sich jetzt abspielt, sei ein Trauerspiel sondergleichen. Jedem böswillig aus den Fingern gelogenen Gerüchte werde Glauben geschenkt, nur denen nicht, die als treue Kameraden ihre Pflicht getan und doch noch einmal im vollen Lichte der Öffentlichkeit gerichtet dastehen würden. So sei der Forderungsbath aus 1896 losgegangen und wenige Jahre darauf waren diejenigen gerichtet, die am lauteften über Berrat geschrien hatten.“ Auch diesmal seien wieder die hervorragendsten sozialdemokratischen Blätter die Hege und Stänker, aber auch diesmal werde ihrer Liebe Wölfe umsonst sein.“

Der „Vorwärts“ hatte u. a. auch die Maschinenleger gegen den Tarif mobil gemacht, weil der Maschinenleger zur Leistung eines vorchristlich-mäßigen Minimums angehalten werden könne. Darauf vermittelte nun der „Korrespondent“ folgende interessante Tatsache:

„Beachtet denn der „Vorwärts“ eine Arbeit, die nicht geleistet worden ist? Und wenn ein Minimum von Leistungen zugrunde gelegt ist, so ist das ein Fortschritt gegenüber jenen Unterlagen für die Arbeiter, die in anderen Betrieben willkürlich vom Unternehmer festgesetzt werden. Diese vom „Vorwärts“ verurteilten Mindestleistungen bestehen in allen Bundesstaaten seit Jahrzehnten und im Maschinenarbeitsvertrag seit 1898.“ Die Leistungsklausel und die Kontrolle im neuen Tarif machen die zehnprozentige Lohnhöhung desselben nahezu wieder wertlos“, sagt der „Vorwärts“, und leidet sich damit einen Witz, den selbst der dicke Hof nicht besser machen könnte. Keine Druckerlei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinenleger ausgeübt als gerade die Druckerlei des „Vorwärts“! Wir haben darüber bis jetzt nichts gesagt, wenn aber der „Vorwärts“ zum Zwecke der Verberung unserer Kollegen die Dinge auf den Kopf stellt und unseren Kollegen die zehnprozentige Lohnhöhung hinwegzudisputieren sucht, dann muß es eben gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäfte eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im „Vorwärts“ geübt wurde, mit dem Streik beantwortet werden würde. Und dieses Blatt, das so schärfste Theorie und Praxis zu vereinen versteht, das von den Grundlagen, dem Wesen und der Bedeutung unserer Arbeiterlei keine Ahnung hat und über die angebliche Kontrolle im neuen Tarife sich entrückt, selbst aber eine Kontrolle übt, wie sie nach der Prosis der „Vorwärts“-Druckerlei niemals in bürgerlichen Geschäften möglich wäre, nimmt sich das Recht heraus, nicht nur einer objektiven Kritik halber, sondern zum Zwecke des Unfriedens und der gegenseitigen Beschädigung im Willkürsager und zur Herabwürdigung des nach heiligem Ringen Geschaffenen davon zu sprechen, daß die Leistungsklausel und die Kontrolle im neuen Tarife die zehnprozentige Lohnhöhung desselben nahezu wettermachen. Rechte nur vor beimer eigenen Tar, lieber „Vorwärts“, und laß die Buchdrucker ungehorsam, die ja doch die ihnen durch die Verhältnisse vorgezeichneten Wege gehen werden, ob es dir nun paßt oder nicht.“

Doch das Interessanteste kommt erst! Der „Vorwärts“ antwortete am andern Tage (Nummer vom 17. Oktober) mit ganz allgemeinen Redensarten, worin er im wesentlichen nur den Ton des „Korrespondent“ kritisiert bemängelt. Den schwereren Vorwurf aber, daß in seiner Druckerlei Zustände herrschen, die in jedem bürgerlichen Geschäfte zum Streik führten, erwähnt er nicht mit einem Wort. Das ist das böse Gewissen! Der „Vorwärts“ dämöniert über die bürgerlichen Prinzipale und muß sich sagen lassen, daß es kein bürgerliches Geschäfte Deutschlands gibt, das schlimmer mit seinen Gehilfen umgeht, wie sein eigenes. Und diesen großen Vorwurf hecht er einfach ein, ihm ist augenscheinlich damit so auf den Mund geschlagen worden, daß er die Sprache verlorren hat.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 19. Oktober 1906.

Zur Vorbereitung einer verfassungsgemäßen Regelung der Seimarbeit hat das Reichsammt des Innern umfangreiche katifische Erhebungen über Seimarbeit in Deutschen Reich veranlaßt. Das bisher eingegangene Material ist so erheblich, daß die Sichtung eine geraume Zeit in Anspruch nehmen wird und daher die Einbringung eines den Schatz der Seimarbeiter betreffenden Gesetzesentwurfes nicht sobald zu erwarten ist. Dem „Hamburger General-Anzeiger“ wird von besonderer Seite mitgeteilt, daß ein Ueberblick über die Angelegenheit, soweit er sich jetzt schon ermöglichen läßt, eine außerordentlich bedeutende Verschiedenheit der Verhältnisse und Bedürfnisse auf dem Gebiete der Seimarbeit zeige. Diese Verschiedenartigkeit erstreckt sich nicht allein auf die in ihren Lebensverhältnissen und Ansprüchen stark voneinander abweichenden Bundesstaaten, sondern auch innerhalb derselben auf die einzelnen Industrie- und Gewerbebezüge. Es wird sich daher schwerlich eine einheitliche, das ganze Reich und alle Industrien und Gewerbe gleichmäßig umfassende Regelung ermöglichen lassen. Jedenfalls zeigt es sich schon jetzt, daß die Sache einer sehr sorgfältigen Prüfung und Behandlung bedarf, und daß ein so schnelles, gesetzgeberisches Vorgehen, wie es vielfach unter dem Eindruck der Berliner Seimarbeits-Ausstellung gefordert und erwartet worden ist, sich kaum ermöglichen lassen wird. Gerade hier ist, auch im Interesse der Seimarbeit selbst, für die leicht das, was als Wohltat gedacht ist, zur Plage werden könnte, eine große Vorsicht geboten.“

Die Schwierigkeiten verkennen wir nicht und verstehen es auch, daß man eine gesetzliche Regelung der Seimarbeit nicht über Nacht machen kann. Was hier aber alles gesagt wird, läßt sich fast so, als ob man noch ein Menschenalter benötigte, um dringende Reformen einzuführen.

Preußen braucht Geld. Das abgedankte preussische Einkommenenergesetz verpflichtet die Arbeitgeber, das Einkommen ihrer Angestellten den Behörden anzugeben. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist darüber mit dem Finanzminister in Verhandlungen eingetreten, weil über die Auslegung der betreffenden Gesetzesbestimmung Zweifel entstanden waren. Diese Zweifel betreffen hauptsächlich die Frage, ob zu den Angestellten auch die Arbeiter zu rechnen seien. Es würde dann für die Industriellen ein ungeheures Maß von Schreibewerk gefordert. Der Minister hat darauf erklärt, daß es zwar sehr wünschenswert sein würde, wenn die Industriellen auch eine Schätzung des Einkommens der bei ihnen beschäftigten Arbeiter für das letzte Jahresquartal angeben wollten, daß aber eine gesetzliche Pflicht zu einer solchen Schätzung nicht bestehe.

110 000 Mark Gehalt weilt die Ortskrankenkasse in Koburg an, an deren Spitze ein „Zielbewußter“ steht. Der frühere Vorsitzende wurde abgesetzt, weil er beim Einzug des Herzogs am Rossengebäude eine Fregade wehen ließ. Jetzt gerichtet war sich im Gewerkschaftskartell den Kopf darüber, ob die Leistungen der Kasse herabgesetzt werden sollen oder ob man die Beiträge erhöht. Jedemfalls läßt man jetzt eine „scharfe Krankenkontrolle“ für notwendig. Vielleicht erkennen die „Genossen“, daß zur erfolgreichen Rettung einer Kasse die „Zielbewußte“ Einstellung allein nicht ausreicht.

Arbeiterbewegung. Der gewaltige Kampf auf dem Hüttenwerk „Roths Erde“ ist zu Ende. In einer großen Versammlung in Paaren bei Aachen beschloßen die Ausständigen mit Zustimmung der beteiligten Organisationsleitungen die Arbeit wieder aufzunehmen. — In der Eisengießerei von Deyling & Thomas-Berlin befindet sich die Mehrzahl der Arbeiter im Ausstande. — Der Streik der Berliner Drechslergesellen kann als beendet angesehen werden; die Forderungen der Arbeiter wurden fast in allen Betrieben bewilligt. — Die Perimut- und Steinhaarder Arbeiter in Berlin haben ihrem früheren Gehalt gemäß überall dort, wo ihre Forderungen abgelehnt worden sind, den Streik erklärt. — In Berlin befinden die Holzarbeiter in einer Tarifbewegung. Sie verlangen im wesentlichen eine Regelung der Lohnzahlung und der Arbeitsvermittlung, schnellere Erledigung der Differenzen durch die Schlichtungskommission, Einführung von Arbeiterschiedsrichtern und eine der fortschreitenden Technik entsprechende Verbesserung der Arbeitszeit. — In Erten bei Hirteln sind sämtliche Postmacher in den Ausstand getreten, um eine Lohnhöhung durchzusetzen. Erten deut den Hauptbedarf an Köchen im In- und Auslande. — Die Differenzen in der Lühringer Verlagsdruckerlei in Jena-Siegenhain sind unter Mitwirkung der Vorsitzenden des Tarifschiedsgerichts in



Dr. ...  
Berb ...  
mit ...  
der ...  
abge ...  
und ...  
g & ...  
ipal ...  
hier ...  
auf ...  
Ber ...  
es ...  
um ...  
In ...  
das ...  
lauf ...  
pr ...  
wir

Wahlrecht an einem Nachmittag um 1 Uhr ausgeprochen, wenn eine einheitliche und durchgreifende Regelung vorgenommen wird.

Danach scheint es, als wenn die Geschäftsleute in Australien mehr sozialpolitisches Verständnis besitzen als bei uns, wo schon die Einführung des Nacht- und Sonntagsruhegesetzes den allergrößten Schwierigkeiten begegnet.

Die Dauer der Arbeitszeit in dem Binnen- schiffahrtsgewerbe und in dem Tisch- und Plättchenfabrikation war das Objekt der jüngsten Umfrage des Beirats für Arbeiterstatistik. Anfang Dezember nimmt er seine Arbeiten wieder auf, um das Ergebnis der Umfragen festzustellen. Im Januar 1907 wird eine Plenarsitzung des Beirats über die Feststellungen beraten.

Eine Ausstellung ist kein Gewerbebetrieb. Ein Angestellter der Jubiläums-Landes-Ausstellung in Nürnberg, für welche das bayerische Gewerbmuseum als Unternehmer auftritt, war ohne Klüftung aus dem Dienstverhältnis entlassen worden. Wegen dieser Entlassung reichte der damals Betroffene, ein Mitglied des Gewerbevereins der Fabrik- und Hand- arbeiter, die Klage beim Gewerbegericht ein. Das Gewerbegericht wies die Klage ab, weil auf die Aus- stellung-Angestellten die Gewerbeordnung keine An- wendung finde und die Ausstellungsleitung berechtigt sei, freihändig und einseitig Verträge abzuschließen. § 122 der Gewerbeordnung bestimmt, daß die Auf- hebungsfrist für beide Teile gleich sein müssen. Das bayerische Gewerbmuseum aber hat in einem Ver- trags-Nachtrag bestimmt, daß es wohl selbst, nicht aber der Angestellte das Arbeitsverhältnis aufkündigen kann. Das Amtsgericht hat die Klage ebenfalls ab- gewiesen, weil es auch der Ansicht ist, daß der § 122 auf das Unternehmen einer Ausstellung nicht zutref- fe und das Ausstellungsverwaltungen berechtigt sei, ein- seitige Dienstverträge abzuschließen. § 122 spricht allerdings von dem Arbeitsverhältnis zwischen den Ge- sellen oder Gehilfen und ihren Arbeitgebern. Das bayerische Gewerbmuseum als Unternehmer der Aus- stellung ist hier aber doch als der Arbeitgeber an- zusehen, es ist daher recht auffällig, daß die beiden Gerichte zu ihrer mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes im Widerspruch stehenden Auffassung kommen konnten.

### Gewerkvereins-Zeil

§ 20 (Wahl). Am Sonntag, 14. d. M., hielt der Ortsverband im Hofe der Kammerei, König- straße, eine öffentliche Bergarbeiter-Verammlung ab. Die Purauswahl ergab die Wahl der Kameraden Ant. Böhm und Karl Besselbaum zu Vorsitzenden und Wilhelm v. d. Hoyt zum Schriftführer. Kamerad Emil Schiller vom Hauptverband des Gewerbevereins der Bergarbeiter-Überbauern schickte als Referent die heutigen Zustände in den Bergbau-Revieren von Schiefen, Wessalen und Rheinland, dabei darlegend, daß in 1906 die durchschnittliche Lohnsteigerung pro Schicht und Bergarbeiter nur 9 Pfg. betrage, wogegen der Gewinn der Jochenarbeiter sich fortwährend erhöhe, 20, 20 und mehr Prozent verteilt

würden, die Bergarbeiter haben sogar bei 500 Pfg. über- denbe einen Betrag von über 14 Millionen Mark ver- teilen können. (Dies hat mit der Konjunktur nichts zu tun, das große Geschäft veranlaßt die Bergarbeiter der un- glücklichen Lex Camp. Rev. d. S.) Auch habe eine Gewerkschaft im Jahre 1905 sogar an jedem ihrer Bergarbeiter nach Abzug aller Unkosten einen Ringewinn von 840 Mk., also betrage das Jahresinkommen eines Bergarbeiters 15 Pfg. gewiß nicht zu hoch gegriffen. Ferner sei auch die Arbeitsleistung nicht gesunken, sondern gestiegen, welches der Referent durch einige Beispiele nachwies. Hierauf ging der Redner auf die heutige Steigerung der Lebensmitel- über, welche 20, 25 Pfg. und mehr betrage, ebenso wie Kommunalabgaben und Wohnungsmieten gestiegen seien. Auch getheile der Redner das Uebelstandswesen, wodurch die Invalidifizierung der Bergarbeiter fast nur um so schneller herbeiführt werde. Kamerad Schiller beleuchtete hierauf die deutschen Verhältnisse gegenüber dem englischen Vergabe und besprach dabei auch das in Deutschland be- liebte System der Sperre, wodurch die Freizügigkeit der Arbeiterkraft behindert und den Ohnänen der Beamten vollständig freigestellt werden. Richtig der organi- sierten Kameraden sei es, den Zwitterzustand aufzuheben, damit keiner mehr unorganisiert bleibe. Traulich sei es auch, daß in Schiefen noch über 10 000 weibliche Per- sonen am Erwerb, wenn auch über Tage, beschäftigt seien. Es liege nur am Unternehmern, die geringe Forderung von 15 Pfg. Lohnsteigerung zu gewähren, um das zwei- schrittige Schwerk, den Streit, rasch zu lösen. Nach der Aufforderung an etwa vorhandene Nichtorganisierte, sich der Organisations-anzuschließen, schloß der Redner seine Aus- führung, welche mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden.

In der nachfolgenden Diskussion, in welcher die Kameraden Besselbaum, Böhm und die Beizhüter Wilhelm v. d. Hoyt das Wort ergriffen, erklärte man sich vollständig mit den Ausführungen des Redners einver- standen. Es sei eine Sache der Regierung, daß nicht einzelne Personen Risiken einzeln, wogegen das deutsche Volk dem durch hohe Löhne das Brot und das Fleisch verdient werde, an Unterernährung leide. Nach dem Schlusswort des Referenten, in welchem derselbe die Kameraden aufzuforderte, sich nur streng an die Beschlüsse ihrer Führer zu halten und nach einstimmiger Annahme folgender Resolution:

Die Versammlung erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit den Vorschlägen der Sicherheitskommission getauenen Schritten einverstanden. Eine Lohnsteigerung von 15 Pfg. ist mit Rücksicht auf die unerhörte Verteuerung der Lebensmittel und der erzielten Werküberflüsse voll be- rechtigt. Auch ist es notwendig, das gesundheitsgefährliche Uebelstandswesen zu beseitigen. Ferner fordert die Versammlung von den Bergwerksbesitzern die Aufhebung der vielfach wieder erneuten Sperre, durch welche die Berg- arbeiter ihrer Freizügigkeit beraubt werden; nötigenfalls muß hier die Regierung eingreifen. Die Anwesenenden ver- pflichten sich, nach besten Kräften mitzubedenken, daß die große Masse der Unorganisierten der Organisation gewonnen wird. Denn nur so können wir in die Lage, unser Los dauernd verbessern zu können. Die anwesenden Kameraden ver- pflichten sich ferner, in der gegenwärtigen Lohnbewegung und auf die Anweisungen der Gesamtleitung zu hören und sich zu keinen unüberlegten Schritten verhalten zu lassen, denn nur durch Einmütigkeit und Disziplin kann unsere berechtigten Forderungen zu Ende geführt werden.

Wir sind erfreut, daß der Ortsverband Wanne, der erst im Frühjahr gegründet wurde, eine so lebhaftige Tätigkeit

entfaltet; an den zahlreichen Bergarbeiter-Versammlungen vom letzten Sonntag war unser Gewerbeverein der Berg- arbeiter, wie wir einer Zehntheilnahme einnehmen, mit 20 Versammlungen beteiligt. Die Redaktion.

### Verbands-Zeil

#### Bekanntmachung.

Der Zentralrat hat in seiner Sitzung vom 11. Oktober den Kollegen Leonor Lewin zum Verbandssekretär für die Vertretung der Unfallversicherten und Invaliden vor dem Reichsversicherungsamt ge- wählt.

Alle Anfragen und Klagenforderungen in allen Fragen der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung sind da- her nunmehr an den Gewählten zu richten. Adresse: Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalder- straße 221/23.

Das Bureau des Zentralrats.  
Gustav Hartmann.

#### Versammlungen.

Berlin. Diskussionsabend der Deutschen Gewerbe- vereine (S.-D.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Gäste willkommen. — Sängerverein der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.). Jeden Donnerstag, abends 9—11 Uhr, Liedergesänge im Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine (Schiller Saal). Gäste herzlich willkommen. — Sonnabend, 20. Oktober, Fabrik- u. Handarbeiter L. 18. 8 1/2 Uhr, im Vereins- lokal, Tempelhoferpark 20a.

Reinensdorf (Ortsverband). Donnerstag, 26. Ok- tober, ab 8 1/2 Uhr, Vereinslokal, Referent Kolb, Lang- hannover. — Leipzig. Vereintete Ortsvereine der Maschinenbauern. Sonntag, 28. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Restaurant „Silberpappel“, S. Hofmannsdorf, Kirchstr. 18. — Mitglieder-Versammlung. L.-O. Protokoll, Kassen- bericht. — Mitglieder-Versammlung. Vortrag und Beschlüsse. — Kein Mitglied darf fehlen. — Rhein- land. Maschinenbau- u. Metallarbeiter. Sonntag, 28. Ok- tober, vorm. 11 Uhr, im Vereinslokal.

#### Orts- und Bezirksvereine.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5 1/2 Uhr, im Hofe des Herrn W. Schulte-Wäcker, Diskussionsabend. — Gannover nach Han- nover (Ortsverband). Die Gesangsübungen der Orts- verbands-Gesellschaft finden jeden Dienstag abends 9 Uhr im Vereinslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, statt. — Wachen (Diskussionsabend). Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Balber, „Zähringer“. — Gannover und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 28. Oktober, nachm. 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Königsberg“, Brühlstr. 12, Verbands- Versammlung. Vortrag des Herrn Gewerbeamt Waußig über „Fortentwicklung des Lohnungssystems“. — Witten (Ortsverband). Sonntag, 28. Oktober, nachm. 3 Uhr, Vertreter-Versammlung in Gannover 2. Wirt Soale, Kirchstr. 9. — Königsberg (Ortsverband). Sonntag, 28. Oktober, nachm. 4 Uhr, in Friedenshöhe, Gütergenossenschaft II, Verbands-Versammlung. Es werden alle Ausschüsse ersucht, an derselben sich zu beteiligen.

Uebersetzungen d. Ergänzungen zum Gesetzes- verzeichnis. — Schenklich (Fabrik- und Handarbeiter). Franz Stephan, Schriftführer, Alt-Scherbig.

### Anzeigen-Zeil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Das  
**„Oberschlesische  
Tageblatt“**  
offizielles Organ des Ortsverbandes  
der Deutschen Gewerbevereine (S.-D.)  
von Kattowitz und Umgegend

ist die einzige Zeitung Oberschlesiens, die sich die Gewer-  
vereinsfrage, nach dazu in eigener Rubrik, angelegen  
sein läßt.

Alle Postanstalten nehmen auf das 7 Mal wochent-  
lich erscheinende „Oberschlesische Tageblatt“ Bestellungen  
entgegen.

Abonnementpreis monatlich 75 Pfg.

Thorn. Durchreisende erhalten  
Wendebrot, Nachzügler und früh  
Kaffee beim Verbandskaffee  
K. Kattowitz, Thorn,  
Höllgeheißstr. 7/9.

Schramberg L. Wärsitz.  
(Ortsverb.). Durchreis. Gewer-  
vereinskollegen erhalten 70 Pfg.  
beim D.-E.-Kaffee R. Eggenet,  
Schillerstr. 106.

Verbandshaus  
der  
Deutschen Gewerbevereine.  
„Unions-Festfale“  
Jeden  
Sonntag u. Donnerstag:  
**Hort'sche Sängere.**  
Kaufung: Sonntags 6 Uhr  
Eintritt 50 Pfg.  
Kaufung: Wochentags 8 Uhr  
Eintritt 30 Pfg.  
Nach der Vorstellung:  
:: Familienkonzerte ::

Gagen. (Ortsverband.) Arbeits-  
nachweis und Bergpflanzarten  
bei Carl Schambach, Gagen,  
Bergstr. 56.

Göran, R.-E. (Ortsverb.). Durch-  
reisende Genossen erhalten 30 Pfg.  
Unterstützung bei den Vereins-  
kaffee bzw. bei dem Orts-  
verbandskaffee. Gensch. u. Seuffert,  
Ziegelgasse.

Gannover-Staden. (Orts-  
verband.) Arbeitsnachweis bei  
Carl Gebel, Gannover,  
Helsenstraße 22a I.

**Der Gewerkverein**  
Jahrgang 1905

mit feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und  
Vereinsbibliotheken

**3,50, sonst 6 Mark.**

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Verbandsbureau:  
**Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.**

Oeldendungen nur an Verbandsbureau  
**R. Klein,**  
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Verbandshaus der Deutschen Gewerbevereine  
Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerbevereinskollegen an den  
Abenden und an jedem Sonntag. Fröhliche Festfale,  
große Restauration mit vorzüglichster Küche, vier Kegel-  
bahnen. Alles den Anforderungen der Reuezeit entsprechend ein-  
gerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen,  
Winter-Bergungungen jeder Art allen Ortsvereinen und  
Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlich ein  
Carl Berndt, Deponom.